Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg M 130 000. Durch die Post M 130 000. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen Inland Verkehr M 1 350 000 mit Postbestellgebühr.
Preise freibleibend, Nachforderung vorbehalten. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bez. 130 000 M außerh. desselben 140 000 M einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 50000 Mk. Reklame-Zeile 300 000 M.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 6 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 213. | Neuenbürg, Mittwoch, den 12. September 1923. | 81. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 11. Sept. Durch eine Verfügung der Württ. Ministerien des Innern und der Finanzen ist die Wohnungsabgabe vom 1. Juli ab erhöht worden, und zwar für den Staat auf 3000 Prozent, für die Gemeinde auf gleichfalls 3000 Prozent des Kapitalwerts (Steueranschlag des einzelnen Gebäudes).

Stuttgart, 11. Sept. Die Württ. Landwirtschaftskammer wird am Montag, 17. September, ihre neunte außerordentliche Hauptversammlung im Sitzungssaal der früheren ersten Kammer in Stuttgart abhalten. Es ist für die Verhandlungen nur ein Sitzungstag in Aussicht genommen. Auf der Tagesordnung stehen: Anpassung der Landwirtschaftskammerumlage an die Geldentwertung, Ersatzwahlen für ausgeschiedene Kammermitglieder, Steuerfragen, sowie Wünsche und Anträge.

München, 11. Sept. Der bekannte christliche Bauernführer in Bayern, Reichstagsabgeordneter Geheimrat Dr. Heim, muß sich einer Staroperation auf beiden Augen unterziehen.

Würzburg, 11. Sept. Die Franzosen scheuen sich vor den schmählichsten Bestechungen nicht, um Spione zu gewinnen. Zum Beispiel: Ein Reichswehrsoldat aus Würzburg, der sich zum Besuche seiner Eltern ins besetzte Gebiet begab, wurde dort festgenommen. Die Franzosen boten ihm einen Monatsgehalt von 100 Franken, wenn er als Reichswehrangehöriger für sie Spitzeldienste machen würde, außerdem erhalte er für jede Angabe über militärische Geheimnisse 1000 Franken. Nur mit großer Mühe gelang es dem Soldaten, sich eine Bedenkzeit auszubitten, die er dann zu seiner Flucht benützte.

Berlin, 10. Sept. Eine Gewerkschaftssitzung stellte nahezu einstimmig die Verzwanzigfachung aller Lebensmittelpreise in Deutschland seit Antritt der Regierung Stresemann-Hilferding fest und beschloß mit großer Mehrheit die endgültige Forderung, daß die neue Regierung den von ihr beim Amtsantritt zugesicherten und angekündigten Pressabbau durchführe oder zurücktrete.

Die Notlage der Geistlichen.

Vor kurzem ging eine Notiz durch die Presse, wonach vom Reich eine größere Summe für kulturelle Zwecke, u. a. auch zur Aufbesserung der Hilfsgeistlichen zur Verfügung gestellt worden sei. Die Fassung der Notiz könnte zur Auffassung verleiten, daß nur hinsichtlich der Hilfsgeistlichen eine Notlage bestehe, während bezüglich der finanziellen Lage der Pfarrer alles in Ordnung sei. Es muß einmal aller Oeffentlichkeit gesagt werden, daß dem leider keineswegs so ist. Schon vor 27 Jahren hat einmal ein Geistlicher gesagt: „Man hat in weiten Kreisen keine Ahnung, welche Armut in manchen Pfarrhäusern herrscht". Das trifft heute in hundertfach verstärktem Maße zu. Die Nebeneinnahmen sind so lächerlich gering, daß man von ihnen am besten gar nicht spricht. Ein im Dienst ergrauter Pfarrer bezieht nicht einmal am ganzen Tag soviel Gehalt, als der jüngste Handlanger in einer halben Stunde verdient. In den weitesten Kreisen herrscht die Ansicht, daß in den Pfarrhäusern alles wohl bestellt sei, während in Wirklichkeit in den meisten drückende Armut, Not und Entbehrung herrschen. Die Einreihung in den Gehaltstarif steht zwar auf dem Papier, aber was hilft das, wenn keine Mittel vorhanden sind, um die Gehälter zu bezahlen? Den kirchlichen Behörden sind die Hände gebunden, da ihnen nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Ein Ausweg wird gefunden werden müssen.

Dr. Hermes als Botschafter für Paris ausersehen?

München, 11. Sept. In auffälligem Druck bringen die „Münchener Neuesten Nachrichten" folgende Mitteilung: „Aus zuverlässiger Quelle hören wir, daß man in Berlin plane, ausgerechnet den früheren Finanzminister Dr. Hermes, dessen Verbleiben im Kabinett Cuno in weitesten Kreisen Erstaunen und Kopfschütteln hervorrief, zum deutschen Botschafter in Paris zu ernennen. In dieser Richtung wird, wie man uns versichert, auch die Regierung Stresemann von dem linken Flügel der Sozialdemokratie und dem linken Flügel des Zentrums gedrückt. Wir wissen nicht, ob die Berufung des Dr. Hermes eine ausgemachte Sache ist. Schon vor zwei Jahren war davon die Rede, daß er Botschafter in Washington oder in Rom werden solle. Wenn er jetzt von der deutschen Regierung wirklich als deren Vertreter für Paris in Aussicht genommen wird, so muß gegen einen solchen Plan scharfer Einspruch von allen erhoben werden, die sich erinnern, wie geheimrätig der frühere Reichskanzler- und Reichsfinanzminister auf Kosten des deutschen Volkes dem unersättlichen Frankreich zu Willen war. Wir halten es für unsere Pflicht, eine ernste Warnung vor Experimenten auszusprechen, die Deutschlands Stellung den Franzosen gegenüber nur weiter verschlimmern würden." — Abgesehen von diesen Bedenken des Münchener Blattes, die sich auf die Persönlichkeit Dr. Hermes beziehen, finden wir in der außenpolitischen Lage keinen Anlaß, der die Wiederbesetzung des Pariser Botschafterpostens rechtfertigen könnte. Die Abberufung des deutschen Botschafters in Paris war als Protest gegen den französischen Rechtsbruch erfolgt. An dieser Tatsache hat sich nichts geändert.

Unterschiede deutsche Zahlungsmittel für das Rheinland.

In Koblenz hat, wie gemeldet, jüngst eine Besprechung zwischen der Rheinlandkommission und einer Reihe von Vertretern rheinischer Städte und Banken über die Schaffung eines rheinischen Geldes stattgefunden. Diese Verhandlungen waren durch den Uebelstand möglich geworden, daß im besetzten Gebiet fast nur noch Notgeld in Umlauf ist und Vereinbarungen der einzelnen Städte und Wirtschaftsunternehmen über die Annahme dieses Geldes bisher nicht getroffen waren. Die Rheinlandkommission freilich ist nicht die geeignete Instanz, hier eine Aenderung herbeizuführen und das hätte die Teilnahme an diesen Besprechungen auch dem letzten Deutschen verbieten sollen. Die Bargeldnot am Rhein und Ruhr ist gerade durch den von der Rheinlandkommission geduldeten Raub deutschen Geldes durch die Franzosen in erster Linie hervorgerufen worden, und die Beseitigung mit Hilfe der Rheinland-Kommission läßt den nur zu berechtigten Verdacht aufkommen, daß es sich für diese nicht um ein Mittel gegen die Bargeldnot, sondern um ein Zahlungsmittel im Dienste Frankreichs handelt.

Berlin, 10. Sept. Wie die „Zeit" feststellt, ist die Reichsregierung bemüht, dem Mangel an Zahlungsmitteln im Rhein- und Ruhrgebiet nach Kräften abzuhelfen. In den letzten Tagen sind bereits außerordentlich erhebliche Mengen an Zahlungsmitteln in Reichswährung dem Rhein- und Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt worden, und was noch zu tun ist, wird in den nächsten Tagen geschehen. Der Rheinlandkommission wird damit jeder Anlaß genommen, sich mit dieser Frage überhaupt zu beschäftigen. Es ist selbstverständlich, daß die Regierung der Währungsfrage gerade soweit das Rhein- und Ruhrgebiet in Frage kommt, ganz besonders ihre Aufmerksamkeit widmet. Zu irgend welchen Besorgnissen besteht zur Zeit kein besonderer Anlaß.

Milderung des Strafvollzuges bei den Krupp-Direktoren.

Düsseldorf, 11. Sept. Ueber das weitere Schicksal des Herrn Krupp von Bohlen und Halbach und der mit ihm verurteilten drei Mitglieder des Krupp-Direktoriums sind in den letzten Wochen in deutschen und ausländischen Zeitungen Meldungen verbreitet, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen. Vor allem entbehrt die Meldung, daß Herr Krupp in ein französisches Gefängnis gebracht worden sei — Lille wurde genannt — der Grundlage. Vorläufig bleiben Herr Krupp und die drei Krupp-Direktoren weiter in Düsseldorf in Haft. Für die vier Herren haben die Franzosen die Wohnung des Direktors des staatlichen Düsseldorfer Gefängnisses, in dem sie bisher zwischen den übrigen Gefangenen untergebracht waren, beschlagnahmt und ihnen Aufenthalt in dieser Wohnung angewiesen. — Es ist nicht ersichtlich, aus welcher Quelle diese Meldung der Telegraphen-Union stammt. Wenn die Franzosen tatsächlich die schmähliche Behandlung der Krupp-Direktoren nicht fortsetzen, so liegt die Frage nahe, welche Absichten sie mit dieser Milderung der Haft verfolgen. Aus Menschlichkeit ist die Milderung sicher nicht erfolgt.

Rückgang des Postverkehrs infolge der Gebührenerhöhung.

Der Reichspostminister Dr. Hoefle hat einem Vertreter der „Expreß-Korrespondenz" eine Unterredung gewährt, in der er sich über die Wirkung der fortgesetzten Gebührenerhöhungen dahin äußerte, daß eine Besorgnis, es könnten die fortwährenden Erhöhungen den Verkehr zu sehr verringern, im allgemeinen, vor allem, was den Telegraphen und Fernsprecher anbelangen, nicht begründet sei. Im Postverkehr dagegen nehme man mit Bedauern wahr, wie die verminderte Kaufkraft breiter Schichten des Volkes zu einer Selbstbeschränkung im Versendungsverkehr geführt hat.

Kundgebung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

Infolge der durch die wirtschaftliche Krisen entstandenen neuen Aufgaben hat der Gewerkschaftsbund der Angestellten am 8. und 9. September 1923 den großen Bundesvorstand und den Aufsichtsrat zu Besprechungen eingeladen. Zur allgemeinen Lage wurde folgende Entschließung einmütig angenommen:

„Die aus den besetzten Gebieten und allen Teilen des Reiches versammelten Vertreter der deutschen Angestelltenschaft im Gewerkschaftsbund der Angestellten erklären: Die Erhaltung des Reiches, die Sicherung seiner Freiheit und Unabhängigkeit ist das vornehmste Ziel nationaler Politik. Unter dieser Voraussetzung billigen sie die Bemühungen des Reichskanzlers, den Ruhrkampf durch Verständigung zu beenden. Sie erwarten aber, daß der Reichskanzler die Unternehmer in Handel, Industrie und Landwirtschaft zur Erkenntnis zwingt, daß nationale Gesinnung unvereinbar ist mit Steuerscheu, Steuersabotage und rücksichtslosem Wirtschaftsegoismus; Betriebsstillegungen, Kündigungen und Entlassungen untergraben die Widerstandskraft des Volkes. Es ist höchste Zeit für die Unternehmer und die Besitzenden, zu erkennen, daß ihre bisherige Haltung, die Durchkreuzung aller Maßnahmen der seitherigen Regierungen, die deutsche Wirtschaft verwüsteten und zum Untergang des Reiches führen müssen. Die Zeit zur Einkehr und Umkehr ist kurz. Nur schnelles und entschlossenes Handeln kann den Zusammenbruch verhindern. Notwendig ist, daß die Regierung ohne Rücksicht auf die Interessengruppen handelt. In den gefahrvollsten Tagen des Reiches haben sich alle dem Gemeinwohl unterzuordnen. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß durch eine feste Währung, durch gerechte Steuern, durch sparsames Haushalten des Staates wieder Sicherheit und Stetigkeit in das wirtschaftliche Leben zurückkehren. Die Erbitterung über die Zurückhaltung von Nahrungsmitteln wächst von Stunde zu Stunde. Hunger untergräbt die Willenskraft. Drohende Zeichen machen sich bemerkbar. Wir erwarten, daß die Regierung rechtzeitig vorbeugt und rücksichtslose Maßnahmen trifft, damit trotz der guten Ernte das Volk nicht Hunger leiden muß. Wir stimmen dem Reichskanzler zu, daß über die Parteien und Interessentengruppen hinweg sich alle nationalen Kräfte die Hände reichen müssen, um Staat und Volk zu retten."

Ausland.

Paris, 11. Sept. Meldungen über Fühlungnahme zwischen Berlin und Paris in der Ruhrfrage werden vom französischen Auswärtigen Amt dementiert.

Die Entschädigung für Italien bei der Schweizer Nationalbank deponiert.

Genf, 10. Sept. Der Völkerbundsrat hielt heute eine streng geheime Sitzung über den griechisch-italienischen Konflikt ab. Eines seiner Mitglieder erklärte nach der Sitzung, daß sich der Konflikt auf dem Wege der Regelung befinde, daß man aber noch Geduld haben müsse. Der Rat beauftragte seinen Präsidenten, morgen in der Völkerbundsversammlung eine kurze Erklärung über den Stand der Angelegenheit abzugeben. Gleichzeitig soll die Versammlung aufgefordert werden, ihrerseits noch in keine Debatte über den griechisch-italienischen Streitfall einzutreten, da dies die Verhandlungen stören könnte. Der griechische Vertreter Politis erklärte im Laufe der Ratssitzung, daß die Deponierung der 50 Millionen Lire bei der Schweizer Nationalbank zur Garantie für die italienische Entschädigung morgen erfolgen werde.

Das Fiasko des Völkerbunds.

London, 10. Sept. Garvin schreibt im „Observer" über das Fiasko von Genf, die historische Freundschaft zwischen England und Italien habe einen solchen Schlag erhalten, daß es lange dauern werde, bis sie sich davon erholen würde. Die diplomatische Grundlage der neuen britischen Politik in bezug auf das Ruhrgebiet wurde zerstört. Rom sei gezwungen, Paris mehr Unterstützung in der Ruhrfrage zu geben im Austausch gegen die Unterstützung, die Paris Rom in der italienisch-griechischen Frage gebe. Der augenblickliche Völkerbund sei dem Selbstmord nahe gekommen. In keiner Frage wagte der Bund, gegen Frankreich aufzutreten. Er stand beiseite, während das Ruhrelend sich acht Monate hinschleppte und weit mehr Tötungen von Menschen, die ebenso unschuldig waren, wie die Opfer von Korfu, verursachte und unsägliche Leiden und Schäden verbreitete. Wenn es keine Ruhrinvasion gegeben hätte, hätte auch keine Beschießung Korfus stattgefunden. Die Frage von Leben oder Tod für Europa sei, ob der Völkerbund von dem, was er jetzt ist, zu dem gemacht werden solle, was er sein müßte. Der Völkerbund werde niemals seines Namens oder seiner vitalen Zwecke fähig sein können, bevor er nicht Deutschland und Rußland unter gleichen Bedingungen zu seinen Mitgliedern zähle.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 10. Sept. (Herbstverkehr.) Beim Versand von Kartoffeln als Stückgut ist eine dauerhafte und deutliche Bezeichnung der Kartoffelsäcke unerläßlich. Am zweckmäßigsten ist die Bezeichnung mit der vollen Anschrift des Empfängers. Die Bezeichnung muß nach den Tarifbestimmungen auf eine am Kopfende des Sackes haltbar befestigte Tafel aus Holz oder anderem haltbaren Stoff angebracht werden. Beim Versand von leeren und vollen Weinfässern ist folgendes zu beachten: Damit die Fässer nicht verwechselt oder verschleppt werden, werden von den Güterstellen nur solche Fässer angenommen, die an einer der beiden Bodenseiten mit weißer Oelfarbe deutlich gekennzeichnet sind; es liegt jedoch im eigenen Interesse der Absender, die Fässer möglichst an beiden Bodenseiten und mit dem vollständigen Namen zu bezeichnen. Ganz unerläßlich ist die deutliche und haltbare Bezeichnung der Versand- und der Bestimmungsstation, die zweckmäßigerweise gleichfalls an beiden Bodenseiten angebracht werden sollte.

Neuenbürg, 10. Sept. (Zur Warnung.) Da und dort treten reisende Geschäftsleute auf, die Waren, wie Anzüge, Fahrräder, Möbel, Schuhe usw. gegen Festmark zum Verkauf anbieten. Z. B. kostet ein Anzug 100 (Einhundert) Reichsmark, zahlbar am 1. Dezember 1924. Hierüber wird ein Kaufvertrag gemacht und dem Käufer die Ware übergeben. Das Merkwürdige ist der Umstand, daß derartige Verträge nur mit Kunden abgeschlossen werden, die über eigenen Grund und Boden verfügen. Die Voraussetzung dabei ist der Glaube an eine Entwicklung unseres Geldwesens, die einhundert Reichsmark im Jahre 1924 wertvoller erscheinen lassen als hundert Millionen augenblicklicher Inflationsmark, ferner, daß der Kaufer am 1. Dezember 1924 nicht in der Lage sein wird, die 100 Reichsmark zu bezahlen, und daß dafür der Kaufvertrag als entsprechende Hypothek auf Grund und Boden lasten wird. Wenn man die Gier nach Sachwerten beobachtet, dann ist die letztere Vermutung sehr wohl berechtigt. Es sei also dringend davor gewarnt, sich auf ein derartiges Finanzmanöver einzulassen.

Württemberg.

Stuttgart, 11. Sept. (Unbezahlbare Fleischpreise.) Die Metzgerinnung hat folgende Fleischpreise festgesetzt: Ochsen- und Rindfleisch 1. 5,6 (bisher 2,1), 2. 5,2 (1,9), Kuhfleisch 1. 5 (1,7—1,8), 2. 4—4,1 (1,4—1,5), Kalbfleisch 6 (2,8), Schweinefleisch 7,7 (3,1), Hammelfleisch 5,8 (2,5—2,6), Schaffleisch 4—5 (1,5—2) Millionen Mark.

Weißenstein, 11. Sept. (Harte Herzen.) Am Sonntag stürzte von einem Felsen am Kalten Feld bei Weilerstoffel der 16jährige einzige Sohn einer Kriegerwitwe aus Göppingen ab und blieb schwer verwundet und bewußtlos liegen. Seine Kameraden eilten ins nächste Gehöft und baten um Ueberführung des Aermsten; doch wurde ihnen die Hilfe versagt. Selbst das Fuhrwerk, das zufällig von Gmünd dort weilte, verhielt sich der dringenden Bitte gegenüber ablehnend. So mußten die Freunde ins Dorf und konnten laut Remsztg. auch dort trotz anbieten höchster Bezahlung zunächst keine Hilfe finden, bis nach qualvoll langer Zeit im letzten Hof der Bauer sich des Sterbenden annahm und ihn nach Gmünd überführte.

Unterböbingen, OA. Gmünd, 10. Sept. (Kartoffel-Diebstahl im großen.) Ein Gmünder Einwohner, der von Unterböbingen gebürtig ist, stahl mit mehreren Genossen während des vormittägigen Gottesdienstes einem Bahnwärter, sowie dem Kronenwirt die Kartoffeln sackweise. Nach Hinzukommen eines Einwohners flüchteten einige, während 2 durch den Kronenwirt dingfest gemacht wurden. Der Schaden ist groß, weil auf einer größeren Strecke sämtliche Stöcke ausgehoben und zum Teil verstreut wurden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Spaichingen, 11. Sept. (Butterfegen.) Daß selbst ein Eisenbahnunglück neben Tod, Schrecken und Schaden auch eine gute Folge haben kann, zeigte sich beim Neufraer Zugzusammenstoß, wo mehrere Wagen dänischer Butter zertrümmert wurden, so daß die Butter zum großen Teil sich für den Verkauf im freien Handel nicht mehr eignete. Es ist gelungen, ein größeres Quantum für die Stadt zu erwerben. Dadurch konnte sich mancher, der schon lange keine Butter mehr auf seinem Tische sah, wieder einmal ein Butterbrot gestatten. Die Qualität ist gut. Der Preis ist noch nicht bekannt: hoffentlich wird er nicht noch nachträglich versalzen.

Leutkirch, 11. Sept. (Tödlicher Unfall.) Metzgermeister Schweizer, der sich mit seinem Fahrrad auf dem Heimweg befand, wurde auf der Straße Leutkirch—Niederhofen von 2 Niederhofener Bauernsöhnchen angefahren, stürzte vom Rad und blieb schwerverletzt liegen, ohne daß sich die Beiden um ihn annahmen. Ein des Wegs kommendes Fuhrwerk fand ihn in bewußtlosem Zustand und verbrachte ihn ins Bezirkskrankenhaus. Dort ist er aber bald darauf verschieden.

Tettnang, 11. Septbr. (Schwerer Unfall.) Auf der Wangener Straße stürzte ein Sohn des Versicherungsinspektors Eugen Egger in Tettnang so unglücklich vom Rad, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt und einige Stunden bewußtlos am Boden lag. In später Stunde wurde er gefunden. Mehrere Fuhrwerke passierten die Straße und wurden um Hilfe gebeten, den Bewußtlosen ins Krankenhaus zu fahren. Unglaublich aber wahr ist es, daß die Bitte bei sechs Fuhrwerken erfolglos blieb. Mit Hilfe der Tettnanger Polizei konnte der Unglückliche im Handwagen ins Tettnanger Bezirkskrankenhaus gebracht werden, natürlich unter furchtbaren Qualen.

Friedrichshafen, 11. Sept. (Wertbeständige Friseur-Tarife.) Die Vereinigung der Friseure von Schwaben hat beschlossen, ihre Tarife wertbeständig zu gestalten, und zwar wird nach dem Semmelpreise gerechnet. Das Rasieren kostet 4 Semmeln, das Haarschneiden 20 Semmeln.

Sontheim, a. Br., 11. Sept. (Zeitgemäß.) Vom Gemeinderat wurde das Wartgeld des Ortsarztes für den Monat auf den Wert von 20 Liter Milch festgesetzt.

Heidenheim, 11. Sept. (Fabrikmarder.) Einem Arbeiter wurden, als er mit der Bahn nach Ulm fahren wollte, 50 Kg. Blei, etwas Messing und Kupfer abgenommen. Eine Durchsuchung seiner Wohnung förderte 45 Kg. Maschinenöl und verschiedene Werkzeuge, bei der Firma J. M. Voith entwendet, zu Tage; auch drei Bierfässer, einer Brauerei gestohlen, fanden sich vor.

Die Getreideernte in Württemberg im Jahre 1923.

Nach vorläufiger Schätzung der Saatenstandsberichterstattung des Württ. Statist. Landesamts stellt sich der in Württemberg voraussichtlich zu erwartende Ernteertrag in Getreide durchweg, und zwar zumeist erheblich, nämlich um 20—40 Prozent höher als im Vorjahre. Die zu erwartenden Mehrerträge werden bei Winterweizen auf 34,7, bei Sommerweizen auf 52,4, Winterdinkel 21,5, Winterroggen 3,1, Sommerroggen 40,4, Sommergerste 23,8 und Hafer 9,2 Prozent geschätzt. Die heurige Gesamternte würde sich nach diesen vorläufigen Erhebungen in Brotgetreide, also Weizen, Dinkel, Roggen, auf 4 848 350 Zentner gegen 3 855 154 Zentner im Vorjahre, also um nahezu eine Million Zentner, gleich 25,8 Prozent, in Sommergerste auf 2 736 188 Zentner gegen 2 210 678 Zentner im Vorjahr, also um rund 525 500 Zentner, gleich 23,8 Prozent, in Haber aus 2 581 322 Zentner gegen 2 363 417 Zentner im Vorjahre, also um rund 218 000 Zentner, gleich 9,2 Prozent höher stellen. Einen genaueren Aufschluß über die heutige Ernte wird indessen erst die endgültige Ernteertragsermittlung, welche im November abgeschlossen sein wird, gewähren. In Kartoffeln beträgt die bisherige Anbaufläche in Württemberg 79 640 Hektar gegen 78 660 Hektar im Vorjahre. Sie ist also nur unerheblich gestiegen. Für die Beurteilung der zu erwartenden Kartoffelernte ist der jetzige Zeitpunkt noch verfrüht. Ohne Zweifel hat die ungewöhnliche Trockenheit die Entwicklung der Kartoffeln in ungünstiger Weise beeinflußt, wenn auch angenommen werden darf, daß die seit Mitte August erfolgten häufigeren und nicht unergiebigen Niederschläge den Kartoffeln zu statten gekommen sind und daß die Kartoffelernte doch besser ausfallen wird, als unter dem Einfluß der 6wöchigen Trockenheit zu Beginn des Sommers zu befürchten war.

Baden.

Pforzheim, 11. Sept. Der Sohn des Malermeisters Kühn kam auf seinem Fahrrad von der Oestlichen Karl-Friedrichstraße und bog in die Altstädterstraße ein, als er mit dem von Mühlhausen kommenden Stationskraftwagen zusammenstieß. Er wurde so schwer verletzt, daß er, ehe die Sanitätskolonne mit dem Krankenwagen zur Stelle war, bereits starb.

Gaggenau, 8. Sept. Am letzten Donnerstag wurde die neue Murgbrücke dem allgemeinen Verkehr und für Lastfuhrwerke jeder Art übergeben. Die Brücke ist in Eisenbeton ausgeführt. Sie konnte infolge der günstigen Witterung in einer verhältnismäßig kurzen Zeit fertiggestellt werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund eine Milliarde Mark.

Villingen, 10. Sept. Das Bürgermeisteramt hat für Feldfrevler eine eigenartige Strafe eingeführt. Es veröffentlicht die Namen der verurteilten Personen im Anzeigenteil der Villinger Zeitungen. Die erste Serie ist bereits veröffentlicht worden. Ein Teil der Feldfrevler stammt von Schwenningen.

Freiburg i. Br., 10. Sept. In München wurden der Schneider Ludwig Freismidl und seine Geliebte, die Dienstmagd Philomena Kirchinger, verhaftet, die am 30. Juli die Kammerpräsidenten-Witwe Klara Daenzer ermordet und beraubt hatten. Die beiden waren nach dem Mord nach Oesterreich geflohen und hielten sich seit einigen Tagen in München auf.

Stockach, 10. Sept. Ein Sextett des Stockacher Gesangvereins „Eintracht" hatte nach einer Hochzeitsfeier in Hindelwangen auf dem Heimweg einer Schönen ein Ständchen gebracht. Obgleich die mitternächtliche Stunde noch nicht herangerückt war, erhielt jeder der Sänger wegen Ruhestörung einen Strafzettel mit 1000 Mark. Bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht beschworen zwei Zeugen mit Eid, daß sie und ihre Frauen von dem Ständchen angenehm überrascht gewesen seien und gemeint hätten, der Gesang gelte ihnen. Daraufhin wurden die Sänger freigesprochen.

Löffingen, 10. Sept. Es sind jetzt kaum mehr als 2 Jahre seit dem großen Brand verflossen, und schon sind dessen Spuren verwischt. Am 28. Juli 1921 fielen dem Feuer 39 Häuser zum Opfer. Einige Wochen später begann man mit dem Wiederaufbau, der jetzt fertig ist. Löffingen ist nun, nach zwei Jahren, in seinem abgebrannten Ortsteil wieder vollständig neu erstanden.

Heidelberg, 10. Sept. Eine Polizeipatrouille verhaftete nachts einen Mann, der einen auffallend gefüllten Rucksack bei sich trug und sich weigerte, seinen Namen anzugeben. Der Mann leistete heftigen Widerstand und konnte nur mit Mühe überwältigt und eingeliefert werden. In seinem Rucksack fand man acht abgeschlachtete Hühner, die jedenfalls von einem Diebstahl herrühren, außerdem besaß er eine Mehrladepistole, ein Stellmesser, Brecheisen, Drahtzange, Dietriche, Schlüssel und eine Taschenlampe.

Vermischtes.

Der Bierpreis in München. Unser Münchener Vertreter drahtet entrüstet: Der Verein Münchener Brauereien und der Bayerische Brauerbund haben mit dem heutigen Tage Bierpreise festgesetzt, die einfach nicht mehr bezahlt werden können, denn der Bierpreis bewegt sich jetzt ohne die fünfprozentige gemeindliche Getränkesteuer zwischen 1 876 000 und 2 076 000 Mk. für das Liter Bier.

Es gibt noch gute Menschen. Ein seltsamer Vorfall ereignete sich dieser Tage auf dem Viktualienmarkt in München. Ein junger Bauernbursche kaufte an einem Brotstand 100 Semmeln und suchte sich von den umstehenden Kindern die ärmsten heraus, beschenkte jedes mit einer Semmel und einem Ei, das er jedesmal aus seinem Koffer holte, wie weiland er große Zauberer die Geschenke aus seiner Wunderkiste. Der Bauernbursche erzählte, daß ihn seine Mutter, eine Bäuerin in der Nähe von Donauwörth, nach München geschickt habe mit dem Auftrag, den armen Münchener Kindern etwas zu bringen.

Hopfenpreis bis 3 Milliarden pro Zentner. Auf dem Nürnberger Hopfenmarkt wurden in letzter Woche für Hallertauer und Spalter Hopfen bis zu 3 Milliarden Mark bezahlt.

Buchhandelsindex. Die Schlüsselzahl für den Buchhandel erhöht sich vom 11. September ab um 3 Millionen auf 6 Millionen.

Gefahr der Schließung der Wartburg. Die Wartburg, die Stätte höchster deutscher Geisteskultur, muß geschlossen werden, wenn sich nicht Geldgeber zu ihrer Aufrechterhaltung finden. Die Verwaltung hat den Führern zum 1. Oktober d. J. gekündigt. Der im vorigen Jahre gegründete „Verein der Freunde der Wartburg", der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Burg architektonisch und künstlerisch zu erhalten, hatte für ganzen etwa 2 Milliarden Mark für die bauliche Ausgestaltung der Burg und die Erhaltung und Wiederherstellung der berühmten Fresken Moritz Schwinds ausgegeben; dann sind die Mittel gänzlich erschöpft. In einem Aufruf an alle Wartburgfreunde der Welt bittet der Verein „Freunde der Wartburg Eisenach" jetzt um freiwillige Spenden.

Irrsinnsfälle als Folge des Millionentaumels. Die ungeheuere Entwertung der Mark, die den Millionenscheinen und Kleingeld gemacht hat, hat eine neuartige Psychose hervorgerufen. In eine sächsische Irrenanstalt wurden in den letzten Tagen einige Frauen eingeliefert, die unter dem stetig wachsenden Zahlenwirbel der Inflation seelisch und geistig zusammengebrochen sind. Meistens handelt es sich um alte abgehärmte Frauen des Mittelstandes, Witwen mit einer kärglichen Rente, die einen aufreibenden Kampf ums tägliche Brot führen und sich in den Millionenzahlen der Teuerung nicht mehr zurechtfinden. Bei einer der Frauen äußert sich die geistige Störung in unaufhörlichem Rechnen mit Nullen.

Trauriges Zeichen der Zeit. Eine Zeitung in Kassel brachte dieser Tage folgende charakteristische Anzeige: „Ich bitte höflichst, die etwaigen Kranzspenden, die meiner verstorbenen Schwiegermutter zugedacht sind, in Geld zu entrichten, da wir infolge der schweren Zeit die Kosten der Beerdigung nicht aufbringen können.

Schrecklicher Tod. Der bei der Firma Wolf in Magdeburg beschäftigte Steindrucker Paul Schlag sprang in eine mit flüssigem glühenden Eisen gefüllte Gießpfanne. Die anwesenden Arbeitskollegen sahen nur eine mehrere Meter hohe Feuerflamme und dann die verkohlten Knochen herumliegen. Der Unglückliche scheint die furchtbare Tat in einem Anfall von Geistesgestörtheit getan zu haben.

Briefmarken mit Städtebildern. Der Briefmarke zu 20 Mark mit dem Bilde der Wartburg ist nun eine Marke zu 10 000 Mark mit dem Bilde des Kölner Domes gefolgt. Die starke Nachfrage beweist, daß Marken dieser Art großem Interesse begegnen. Oesterreich hat diese Beobachtung schon in seinen unerreichten bosnischen Landschaftsmarken und jetzt wieder mit den neuen Städtemarken gemacht. Von der Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung ist schon vor Jahresfrist die Anregung ausgegangen, solche Markenbilder zu wählen, weil sie in hohem Maße geeignet sind, für das schöne Deutschland zu werben. Man darf wohl hoffen, daß auch der jetzt beschrittenen Wege fortgefahren wird.

Deutschland das Land der Diebe. Eines der größten Wunder der berühmten Wasserfälle von Wilhelmshöhe bei Kassel ist durch Bubenhand zerstört worden. Durch den Druck des niederstürzenden Wasser wurden seit mehr als zwei Jahrhunderten die Hörner zweier Steintritonen zum Tönen gebracht. Weithin dröhnte dann das dumpfe Klingen der beiden zentnerschweren Kupferhörner und gab eine seltsame Begleitung zur Musik der rauschenden Wasser. Eines dieser Hörner ist nun von einem Kupferdieb ausgebrochen und gestohlen worden, um als Altmetall verkauft zu werden. Das zweite Horn wurde zur Sicherheit durch die Verwaltung entfernt.

Großstadtzeitungspreise. Für die Zeit vom 1. bis 11. September werden von den Großstadt-Zeitungen folgende Bezugspreise erhoben: Frankfurter Nachrichten 4—5 Millionen, Kölnische Zeitung 4, Berliner Tageblatt 4—5, Börsen-Courier 4, Berliner Börsen-Zeitung 4, Deutsche Allgemeine Zeitung 3 bis 4, Berliner Lokalanzeiger 3, Deutsche Zeitung 3, Vorwärts 2—3 Millionen. Diese Preise sind freibleibend!

Die patriotische Uhr. Ueber eine in Zürich gegenwärtig ausgestellte Taschenuhr von seltener Art lesen wir folgendes: Es handelt sich um eine goldene Uhr mit Doppeldeckel, die nach Belieben die Stunden und halben Stunden schlägt und außerdem — die schweizerische Nationalhymne erklingen läßt. Die Uhr besitzt sieben Schlagfedern und sieben Hämmer und schlägt 4 Töne. Die Herstellung dieses Wunderwerkes nahm 14 Monate in Anspruch.

Die bezauberten Türken. Eine Anzahl von türkischen Hanums, d. h. von Gattinnen der hervorragendsten Pascha und Beis, haben einen Protest veröffentlicht, den sie an Mustafa Kemal Pascha und an die wichtigsten Regierungsstellen sandten und in dem sie die Entfernung der Russinnen aus Konstantinopel verlangen. Sie behaupten nämlich, daß die vielen russischen Damen, die als Flüchtlinge nach Konstantinopel gekommen sind, ihre Ehemänner bezaubert haben und die türkische Jugend

---

„Heimgefunden."

Novelle von Maria Harling.

1. (Nachdruck verboten.)

Vorfrühling ists, einer jener feuchtwarmen, nebeligen Tage, wie man sie um diese Jahreszeit so oft findet. Gar freundlich liegt das traulich kleine Dörfchen Holzhausen inmitten der hügeligen Landschaft, aus dem jungen, knospenden Grün der Lindenbäume, die den Kirchplatz umstehen, ragt der mit roten Ziegeln gedeckte Kirchturm empor, mit dem goldfunkelnden Hahn auf seiner Spitze. Irgendwo hinter den grünumsponnenen Hecken müssen Veilchen blühen, denn die Luft ist vom Veilchenduft durchzogen.

Auf der großen Wiese vor dem Dorfe spielen Kinder, ihr eintöniger Gesang schallt bis zu dem kleinen, schmucken ganz von Rosenranken umsponnenen Häuschen, das ganz am Ende des Dorfes liegt. Eine grau und weiß gefleckte Katze dehnt und streckt sich behaglich auf der Hausschwelle, dabei schielt sie lauernd zu den kleinen Frühlingssängern hin, die unweit im Fliederbusch aus sangesfroher Kehle ihre ungeübten Weisen in die Lüfte schmettern.

Eine junge, blonde Frau in sauberer Tracht, ein Umschlagtuch nach Art der Landessitte um die Schultern gelegt, tritt unter die Haustür und blickt wie suchend in das neben dem Hause gelegene Obst- und Gemüsegärtchen, in dem ein junger Mann eifrig beschäftigt ist, die vom Sturme losgerissenen jungen Birnbäumchen wieder an ihrer Stütze zu befestigen.

„Franz, ich möchte eben zum Schulzenhof hinübergehen und selbst sehen, wie es Frau Holtkamp geht."

Der junge Lehrer blickte von seiner Arbeit auf.

„Ja, tu das Liesel, aber bleibe nicht so lange fort, es geht gegen Abend, da brauchen die Kinder Dich. Du weißt, die Wega ist so unzuverlässig."

Die junge Frau nickt.

„Ich bin gleich wieder zurück, Franz. Achte Du nur etwas auf Lieselchen, Elschen ist ja in ihrem Bettchen wohl geborgen."

Frau Gehring nickt ihrem Manne noch einmal freundlich zu, dann eilt sie leichtfüßig den weißen Kiesweg entlang, der durch das grüngestrichene Gittertürchen auf die Dorfstraße hinausführt.

Nur etwa einen Steinwurf weit vom Dorf auf einem mäßig ansteigenden Hügel liegt der Haidhof, der schon seit Jahrhunderten im Besitz der Familie Schulze Holtkamp ist.

Zu diesem Gehöft lenkt die junge Frau ihren eilenden Schritt. Die spielenden Kinder auf der Wiese stoßen sich bei ihrem Erscheinen gegenseitig an und ein überschlankes, strohblondes Mädchen sagt mit der Kindern eigenen Wichtigkeit: „Die Frau Lehrer! Wo mag sie nur hin wollen?"

„Ach, die will zu Holtkamps hin!" bemerkt ein anderes Mädchen. „Bei Holtkamps haben sie ein kleines Mädchen gekriegt, die Stina hats unserer Mutter erzählt, als sie heute mittag Semmeln für die Frau holte."

Den Daumen im Mund steht die Kinderschar, sich gegenseitig schupsend und leise verlegen kichernd, als die junge Lehrersfrau vorübergeht. Diese nickt ihnen freundlich zu, ohne jedoch weiter von ihnen Notiz zu nehmen. Ihre Gedanken sind bei der Schulzenfrau, wie es ihr wohl gehen mag, sie sah schon in letzter Zeit so hinfällig aus.

„Gott erhalte sie am Leben!" denkt sie für sich, „was soll der Schulze anfangen, wenn ihm die Frau stirbt!"

Frau Lisa Gehring hat auf dem Schulzenhof ein Jahr als Lehrköchin gedient, dort hat sie ihren jetzigen Mann kennen gelernt.

Franz Gehring war Witwer, er hatte seine erste Frau gerade ein Jahr verloren, als er die junge, flinke Lisa Volmer kennen lernt. Weil sie nun den Namen seiner verstorbenen Frau trug, die auch Liesel geheißen hatte, ihr auch im Aeußeren, wie man sagte, ähnlich war, so hatte er sich gar bald für das junge Mädchen erwärmt und es auch nicht bereut, daß er sie zu seinem Weibe gemacht, denn sie war ihm eine tüchtige, sparsame Hausfrau und seiner kleinen Liesel eine gute Mutter.

Mit dem Schulzenhofe aber blieb die junge Lehrersfrau in regem Verkehr, denn die stille, sanfte Frau Holtkamp war ihr stets eine gütige Herrin gewesen.

Breit und behaglich dehnt sich das langgestreckte Wohnhaus des Schulzenhofes hin von den Wirtschaftsgebäuden an der hinteren Seite im Viereck umgeben. Ein mit Kopfsteinen gepflasterter Weg führt von der Straße bis zur Haustür, welch letztere von dichten Lorbeerbäumen in großen, grünen Kugeln flankiert wird. Ein großer Nußbaum streckt seine noch kahlen Zweige bis zum Dachfirst hinauf. An warmen Sommerabenden pflegen die Dienstleute des Schulzenhofes auf der grüngestrichenen Holzbank, die rund um den Baum läuft, ihre Feierabendstunden zu verbringen.

Jetzt ist es fast totenstill auf dem großen Hofe, denn die Dienstleute sind, soweit sie eben entbehrlich, auf dem Felde mit dem Stecken der Kartoffeln beschäftigt.

Dämmerig ists schon in der großen ebenerdigen Küche, die Frau Lisa jetzt betritt. Am Herde ist eine kleine, verwachsene Person eben beschäftigt, Kaffee in den blanken Zinnkessel zu schütten.

„Guten Abend Tante Fränze! Der Storch ist ja wohl hier gewesen? Ich wollte mal eben sehen, wie es der Schulzin geht, ich störe Sie doch nicht?"

Die Angeredete dreht sich um, ein unschönes, unfreundliches Gesicht bietet sich der Besucherin dar.

„Ach, Du bists, Lisa. Ja, geh nur hinein, Du störst die Schulzin ja nie. Ich habe alle Hände voll Arbeit in diesen Tagen!" klingt die etwas mürrische Antwort.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

und verderben. Der Protest sagt, daß die Türken im Alter von 18—20 Jahren ganz unter den Einfluß reizender Russinnen gekommen sind, die ihnen alle Laster der europäischen Großstädte beibrächten und sie zum Genuß von Morphium, Kokain und Aether verführten. Aber nicht nur die Türken werden von dieser „russischen Gefahr" bezaubert, sondern auch die türkische Frauenwelt soll durch das Vorbild der Russinnen verdorben werden, und zwar durch den Anblick dieser Frauen, die in den kostbarsten Kleidern und Edelsteinen daherginzen, obwohl sie bei ihrer Ankunft zumeist keinen Viennig besessen hätten.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 11. Sept. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 18 Ochsen, 23 Bullen, 118 Jungbullen, 100 Jungrinder, 71 Kühe, 176 Kälber, 117 Schweine, 29 Schafe, 1 Ziege. Alles wurde verkauft. Erlöse aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Millionen: Ochsen 1. 3—3,10 (letzter Markt: 1,11—1,17), 2. 2,6—2,85 (0,95 bis 1,05), Bullen 1. 2,9—3 (1,05—1,10), 2. 2,5—2,8 (0,95—1), Jungrinder 1. 3—3,10 (1,12—1,18), 2. 2,8 bis 2,9 (1—1,08), 3. 2,5—2,7 (0,8—0,9), Kühe 1. 2,8 bis 19 (0,95—1,05), 2. 2,4—2,6 (0,85—0,92), 3. 1,8—2,2 (0,74—0,80), Kälber 1. 3,5—3,6 (1,6—1,65), 2. 3,3—3,4 (1,5—1,58), 3. 3—3,2, Schweine 1. 5,5 (2,2), 2. 5,1—5,3 (2,1—2,15), 3. 4,5—4,9 (2—2,05). Verlauf des Marktes: belebt, rasch geräumt.

Stuttgart, 11. Sept. Der Doppelzentner Mehl kostet 140 Millionen Mark ab Lager Stuttgart.

Ravensburg, 11. Sept. Die Schranne notierte folgende Preise pro Doppelzentner: Korn 265, Vesen 162, Weizen 252, Roggen 229, Gerste 181, Haber 103, Oelsamen 98 Millionen Mark im Durchschnitt.

Schweinepreise. Auf dem Schweinemarkt in Aalen kosteten bei einer Zufuhr von 12 Milchschweinen das Paar 160—200 Millionen. In Bopfingen galt bei einer Zufuhr von 26 Stück ein Paar Läuferschweine 240—300 Millionen, ein Paar Saugschweine 100—150 Millionen. In Nördlingen kosteten bei einem Zutrieb von 437 Saugschweinen und 14 Läufern erstere 80—150 Millionen und letztere 200 bis 300 Millionen je das Stück.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 11. Sept. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die leitenden Beamten und Referenten der Steuerabteilung des Reichsfinanzministeriums sind aus Anlaß der neuen Steuergesetze in der letzten Zeit in einem Maße mit telephonischen, persönlichen und schriftlichen Anfragen überhäuft worden, daß die geordnete Fortführung der Geschäfte sich unmöglich wird. Bei der Wichtigkeit und Dringlichkeit der gegenwärtigen Aufgaben werden die Steuerpflichtigen ersucht, sich nicht mehr unmittelbar an das Ministerium, sondern an die bereits mit allgemeinen Weisungen zu den neuen Steuergesetzen versehenen Finanzämter zu wenden.

Schwenningen, 11. Sept. Anläßlich des deutschnationalen Jugendparteitages kam es auf den Straßen in Villingen zu Tumulten. Die geschlossen in ihr Quartier marschierenden Gruppen wurden bald nach ihrem Heraustreten aus dem Lokal von einer johlenden Menge empfangen, die sie durch die Stadt verfolgte. Auf der Niederenstraße und Rietstraße, wo zurzeit Schottersteine liegen, steinigte man die deutschnationalen Jugendgruppen. Es gab eine Anzahl Verletzte. Auch Straßenpassanten, die mit den Veranstaltungen nichts zu tun hatten, wurden verletzt. Vereinzelt wurde auch mit dem Messer auf die deutschnationalen Jugendvertreter eingestochen. Da sich der Tumult in später Abendstunde abspielte, ist es der Gendarmerie und Schutzmannschaft nicht gelungen, Tumultanten festzunehmen.

Ludwigshafen, 11. Sept. Die bei der französischen Regie beschäftigten deutschen Arbeiter wurden von den Franzosen angewiesen, ihnen Meldung zu erstatten, wenn sie von Geldzahlungen an die verdrängten Eisenbahner Kenntnis erhalten. Der Fabrikarbeiter Stahmer von Dirmstein leistet für die Franzosen Spitzeldienste.

Essen, 11. Sept. Die Villa des Wilhelm Girardet in Essen wurde als Wohnung für den Kommandeur der 7. Division, General Jaquesmot, beschlagnahmt.

Buer, 12. Sept. An einem der letzten Abende wurden auf dem Wege von Buer nach Hassel eine 25jährige Bürobeamtin und eine 16jährige Klavierspielerin von einem belgischen Feldwebel und einem belgischen Soldaten überfallen und vergewaltigt. Die beiden Täter konnten festgestellt und verhaftet werden.

Oberfeld, 11. Sept. Auch in Flörsheim haben die Separatisten am 5. Sept. eine Versammlung abgehalten, in der auch Smeets sprach. Ferner trat Gemeinderechner Glas aus Türkheim als Redner für die Rheinische Republik auf. Der dritte Redner, ein Herr Seiler, der gründlich mit Smeets, Glas und ihren Anhängern abrechnete, wurde von französischen Kriminalbeamten abgeführt. Die Erregung in der Versammlung war infolgedessen so stark, daß Smeets und seine Anhänger fluchtartig den Saal und Flörsheim verlassen mußten.

Emmerich, 11. Sept. Am 9. Aug. sind hier die beiden der Firma Franz Haniel u. Co. aus Duisburg-Ruhrort gehörenden Rheinschiffe „Homburg" und „Mainz" mit Eisen mit englische Rechnung festgehalten worden. Die zuständigen Stellen im Rheinland sind angewiesen worden, gegen diese offenbare Verletzung der Freiheit der Schiffahrt Widerspruch zu erheben und die sofortige Freigabe der beiden Schiffe zu verlangen.

Dresden, 11. Sept. Nach Schluß einer heute in Tivoli abgehaltenen Versammlung des revolutionären Erwerbslosenrats bildete sich ein Demonstrationszug nach dem Rathaus. Da das Verbot, sich unter freiem Himmel zu versammeln, noch besteht, trat die Polizei dem Zug entgegen. Das in der Kreuzstraße eingesetzte Polizeikommando wurde von den Demonstranten mit Flaschen und Steinen beworfen und geriet in eine bedrängte Lage. Infolgedessen wurden von dem Kommando einige Schreckschüsse abgegeben. Bei den Zusammenstößen sind 13 Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden, welche in das Dresdener Krankenhaus eingeliefert wurden.

Berlin, 11. Sept. Eine Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Volkspartei aus dem Wahlkreis Köln-Aachen faßte nach einer Rede des Reichstagsabgeordneten Moldenhauer eine Resolution, die eine Billigung der Außenpolitik Stresemanns bekundet und von der Regierung erwartet, daß sie nur einer Verständigung zustimmt, durch die die Ehre des deutschen Volkes und die Interessen Deutschlands an Rhein und Ruhr gewahrt werden.

Berlin, 11. Sept. Die Mitteilung über den finanziellen Zusammenbruch der Stadt Rathenow entspricht, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, nicht den Tatsachen. Rathenow ist Eigentümerin eines 6500 Morgen großen Forstes und umfangreichen landwirtschaftlichen Grundbesitzes, sowie einer Reihe von werbenden Verwaltungen, die durchaus rentabel arbeiten. Die Mitteilung des Magistrats in der letzten Stadtverordnetensitzung über die Zahlung der Beamtengehälter am 1. Oktober bezog sich lediglich auf die Unmöglichkeit, die vierteljährliche Vorauszahlung zu leisten, einer Frage, die inzwischen durch die staatliche Regelung der monatlichen Zahlung überholt ist.

Berlin, 12. Sept. Polizeibeamte, die auf Schüsse aus der Wohnung des Schuldieners Julius Köhn in diese eindrangen, fanden den Schuldiener schwer verletzt und seine Frau tot vor. Köhn konnte noch aussagen, daß sein Schwiegersohn ihn und seine Frau durch mehrere Schüsse niedergestreckt habe. Den Schwiegersohn fand man bei den Nachforschungen tot in seiner Wohnung vor. Er hatte sich das Leben genommen. Vor der Tat soll es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihm und seinen Schwiegereltern gekommen sein.

Berlin, 12. Sept. Die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und den Vertretern Frankreichs und Belgiens wird aus Berlin bestätigt. — Von den Mittwoch abend in Aussicht stehenden Erklärungen Stresemanns vor Vertretern der deutschen Presse erwartet man in Berlin ein Fortspinnen der Verhandlungsmöglichkeiten mit Frankreich. — In den Kreisen der Koalitionsparteien herrscht wenig Stimmung für einen baldigen Zusammentritt des Reichstags. — Von der Wucherabteilung des Berliner Polizeipräsidiums sind im vergangenen Monat Waren im Gesamtwert von fast 20 Milliarden Mark beschlagnahmt worden. Die von den Marktgerichten im August verhängten Geldstrafen belaufen sich insgesamt auf 262 230 000 Mark. — Der deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckergewerbe ist mit Wirkung vom 12. September auf 350000 festgesetzt worden. — Der Dollar notierte am Dienstag in Berlin 66 034 500 Geld, 66 365 500 Brief, Mittelkurs 66 200 000 (50700000), in Frankfurt 76 807 500 Geld, 77 192 500 Br., Mittelkurs 76 950 000 (60 000 000). 1 Goldmark nach Berliner Mittelkurs 15 750 789 (12 071 429) Papiermark, 1 Goldmark nach Berliner Briefkurs 15 839 021 (12 101 607) Papiermark. — Der Newyorker Schlußkurs betrug am Dienstag 0,000001½ Ct., Dollar = 66 666 667 Mark.

Danzig, 11. Sept. Infolge Unrentabilität wird der Personenverkehr auf der Kleinbahnstrecke Danzig—Marienburg vom elften September ab eingestellt. Auf der gesamten Strecke findet nur noch Güterverkehr nach Bedarf statt. Die Einstellung ist überaus bedauerlich, da die Kleinbahnstrecke Danzig—Marienburg von vielen Danzigern, die die ungeheuren Kosten für das polnische Visum nicht aufbringen konnten, bei Reisen nach dem Reich in Anspruch genommen wurde. Andererseits wurde diese Strecke auch von den Reichsdeutschen zur Umgehung des polnischen Korridors stark benutzt.

Warschau, 11. Septbr. Der oberste Gerichtshof hat heute die Revision des zu 6 Jahren schweren Kerkers verurteilten Stephan Sedak, der auf den früheren Präsidenten der Republik in Lemberg ein Attentat verübt hatte, verworfen. Bezüglich der Höhe der Strafe dauern die Verhandlungen noch fort. Das Urteil wird dem Lemberger Gericht schriftlich zugestellt werden.

Paris, 11. Sept. Nach einer Blätter-Meldung aus Madrid ist der General-Gouverneur wegen der letzten Zwischenfälle im Hafen von Malaga abgesetzt worden.

Brüssel, 11. Septbr. In gut unterrichteten belgischen Kreisen erfährt man, daß anläßlich der jetzigen Reise des belgischen Königspaars nach Italien demnächst die Verlobung der Prinzessin Marie Jose mit dem italienischen Kronprinzen stattfinden werde.

Moskau, 11. Sept. Das Oberste Gericht fällte das Urteil im Prozeß des Franzosen De Tournefort. Dieser hatte seit Jahren der französischen Regierung als Spion in Sowjet-Rußland gedient. Das Urteil lautet auf Todesstrafe mit Ausschluß jeder Amnestie.

Kairo, 11. Sept. Die Verschwörer Mafir, Dessuki und Famy sind gestern gehenkt worden.

Was die Sozialdemokratie verlangt.

Stuttgart, 11. Sept. Die Gewerkschaftler und Betriebsräte der Stuttgarter Sozialdemokratie haben gestern folgende Entschließung angenommen. „Die am 10. September im Gewerkschaftshaus versammelten Gewerkschaftler und Betriebsräte der VSPD. sehen die einzige Möglichkeit zu einer positiven Beantwortung der innen- und außenpolitischen Fragen in der Schaffung einer wirklich wertbeständigen Währung. Die Versammlung begrüßt die Maßnahmen der Reichsregierung, hält sie aber nur für einen ersten Schritt. Die Einführung der Goldwährung ist Monopol des Staates und darf sich nicht auf Teile der Wirtschaft beschränken, sondern muß zu wertbeständigen Löhnen und Steuern führen. Das ist aber nur möglich auf dem Boden einer tatsächlichen Erfassung der Sachwerte. Die Ordnung der deutschen Reichsfinanzen ist die erste Voraussetzung aller Reformen. Sie erscheint aber unmöglich, solange der Ruhrkampf mit seiner verheerenden Inflation und sozialen Folgen andauert. Stärkste Aktivierung der deutschen Außenpolitik zum Zwecke der Beendigung des Ruhrkampfes durch Verhandlungen ist notwendig. Große wirtschaftliche Opfer sind unbedingt notwendig, um das Leben des deutschen Volkes zu erhalten und zu sichern. Die Versammlung fordert von der Regierung unverzügliches schärfstes Einschreiten zur Erreichung dieser Ziele. Die Sozialdemokratie hat durch die tatsächliche Verantwortung, die sie vor dem deutschen Volke und der Welt durch die Beteiligung an der neuen Regierung auf sich genommen hat, das Recht, die Erfüllung ihrer Forderungen zu verlangen, die eine Lebensnotwendigkeit für das ganze Volk sei. Eine Politik des schwächlichen Versagens kann die VSPD. nicht dulden.

Der Schwabenstreich.

Friedrichshafen, 11. Sept. Auf die Nachricht von der Entfernung der kunstvollen Wappen und der Anschriften an den Bodenseedampfern hat Stadtschultheiß Schnitzler sich in einer Eingabe an die Eisenbahndirektion Stuttgart gewendet, in der es heißt: Die Entfernung der Wappen und der Bezeichnungen und die Anbringung des Ersatzes an unseren neuesten drei Dampfern wird einen Aufwand erfordern, der mit Rücksicht auf die heutige verzweifelte wirtschaftliche Lage unter keinen Umständen verantwortet werden kann (bekanntlich ist bereits über 1 Milliarde Mark als Voranschlag für diese Arbeiten eingestellt, die, bis sie zu Ende geführt sein werden, wohl aufs Doppelte oder Dreifache dieses Betrages zu stehen kommen dürften). Außerdem wird diese Maßnahme eine dauernde Verschandelung der Boote verursachen, da auch in ihrem Innern verschiedene Veränderungen werden nachfolgen müssen. Diese finanziellen Momente sind so bedeutungsvoll, daß die angeordnete Verfügung von keinem anständig denkenden Menschen wird verstanden werden können. Die wohl von Berlin aus diktierte Verfügung bedeutet aber auch eine grobe Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Schwabenvolk, die nicht geeignet ist, den Gedanken der Festigung zwischen Nord und Süd zu stärken. Wohl aus Furcht vor der Straße werden einfach historische Gedenkzeichen, die auch für jeden anständigen Republikaner etwas Selbstverständliches sind, preisgegeben. Wahrhaftig, es muß schlecht bestellt sein im Staate, wenn man durch solche Heldentaten glaubt, sich den Frieden sichern zu müssen. Bei der Friedrichshafener Bürgerschaft muß diese Handlungsweise große Erbitterung und Schmerz auslösen. Ich stelle auch im Namen des gesamten gesitteten Schwabenvolkes an die Reichsbahndirektion die dringende Bitte, die Verfügung aufzuheben, bzw. die Aufhebung beim Reichsverkehrsministerium in Berlin zu beantragen. Das letztere wird dringend gewarnt, in diesem Tempo weiterzufahren, den Einheitsgedanken zu schädigen und zu mißachten.

Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen.

Mannheim, 11. Sept. In der Nacht vom 9. auf den 10. September kurz nach 11 Uhr kam es in einer Wirtschaft in der Mittelstraße (unbesetztes Gebiet) zwischen Zivilpersonen und zwei französischen Soldaten zu Auseinandersetzungen. Der Wirt und ein dritter französischer Soldat vermittelten und stellten die Ruhe wieder her. Nach Eintritt der Polizeistunde verlangten die beiden Soldaten weiterhin die Verabreichung von Bier. Als dies verweigert wurde, stießen sie die Ehefrau des Wirtes gegen die Brust und belästigten sie in unverschämter Weise. Mit Hilfe des dritten Franzosen wurden sie aus der Wirtschaft entfernt. In der Germanstraße kam es dann wieder zu Auseinandersetzungen mit den Gästen der Wirtschaft, die ebenfalls dorthin gekommen waren. Die Streitigkeiten arteten in gegenseitige Tätlichkeiten aus. Ein französischer Soldat soll einen Schlag auf den Kopf erhalten haben. Die Soldaten selbst schlugen mit ihren Seitengewehren um sich. Außerdem fielen zwei Schüsse. Soweit festgestellt wurde, ist durch diese Schüsse niemand verletzt worden.

Der tägliche Milliardenraub.

Gelsenkirchen, 11. Sept. Die Franzosen statteten heute mittag der städtischen Hauptkasse ihren wöchentlichen Besuch ab. Mit vorgehaltenen Revolvern nahmen sie die Kassenbestände fort, wobei ihnen nicht weniger als 41,9 Milliarden Mark in die Hände fielen. — In der Gersheimer Glashütte bei Düsseldorf haben die Franzosen 25 Milliarden Mark Lohngelder weggenommen.

Mißtrauensvotum gegen die Thüringische Regierung.

Weimar, 12. Sept. In der gestrigen Sitzung des thüringischen Landtags wurde der Antrag der bürgerlichen Parteien, der Regierung das Mißtrauensvotum des Landtags auszusprechen, mit 30 gegen 22 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten nur die Abgeordneten der VSPD. Hierauf erklärten diese, daß die Regierung zurücktrete. Inzwischen war von den Rechtsparteien ein Antrag auf Auflösung des Landtages eingegangen. Dieser Antrag wird in der nächsten Sitzung, deren Zeitpunkt noch nicht bestimmt ist, beraten werden.

Einlenken im diplomatischen Verkehr mit Frankreich und Belgien.

Berlin, 11. Sept. Wie wir hören, sind die normalen Beziehungen zwischen der französischen und belgischen Botschaft einerseits und der deutschen Regierung andererseits, die seit dem Ruhreinbruch so gut wie abgebrochen waren, neuerdings wieder aufgenommen worden. Es trifft zu, daß, wie ein englisches Blatt meldet, der französische Botschafter, und zwar nicht nur einmal, sondern wie wir ergänzend mitteilen können, wiederholt in der Reichskanzlei vorgesprochen hat. Die Besprechungen, die der Reichskanzler mit der französischen und belgischen Botschaft bisher gepflogen hat, bezogen sich auf die schwebenden Fragen. Von der Anknüpfung offizieller Verhandlungen kann im Augenblick noch keine Rede sein. Es darf darnach damit gerechnet werden, daß, nachdem der Verkehr in der Wilhelmstraße wieder in Gang gekommen ist, anscheinend auch die Besetzung der deutschen Botschaft in Paris und Brüssel wieder erfolgen wird. Grundsätzlich herrscht über die Notwendigkeit dieser Maßnahme im Reichskabinett Einmütigkeit. Jedoch ist nach der personellen Seite eine Entscheidung bisher noch nicht getroffen worden.

Dr. Stresemann über die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Frankreich.

Berlin, 11. Sept. In einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten der „Basler Nachrichten" verbreitete sich Reichskanzler Dr. Stresemann auch über die deutsche Außenpolitik und erklärte zur Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich, Poincare scheine auf dem Standpunkt zu stehen, daß diese Materie von den politischen Fragen auszuschalten sei. Er hingegen sei der Ansicht, daß dieses Problem nur innerhalb des gesamten Reparationsproblems zu lösen sei, da ja gerade die wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich die Möglichkeiten geben solle, produktiv zu arbeiten und damit sich die Zahlungsmittel zu verschaffen, die Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen unbedingt brauche. Es handle sich seiner Meinung nach nicht darum, über die Höhe der gegenseitigen Beteiligung zu streiten, es komme vor allen Dingen darauf an, eine Form zu finden, in der den Interessen beider Teile, sowohl des Gläubigers als auch des Schuldners, gedient werde. Weiter betonte der Kanzler erneut, daß es für Deutschland keine internationale Rhein- und Ruhrfrage gebe. „Hier ist die Grenze, die für unseren Willen, zum Frieden zu gelangen, gezogen werden soll. Wird sie von den andern nicht respektiert, dann sehe ich, das erkläre ich schon heute, keinen Weg zur Besserung, dann erwartet uns, aber auch andere Länder, weiteres Unheil und weitere Zerstörung."

Die Papiermark bleibt gesetzliches Zahlungsmittel.

Berlin, 11. Sept. Gegenüber den unzutreffenden Gerüchten, welche anläßlich der gegenwärtigen Beratungen über die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Währungsfrage entstanden sind, wird darauf hingewiesen, daß die Papiermark ihre Geltung als gesetzliches Zahlungsmittel behalten wird. Die von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen werden dazu geeignet sein, den Wert der Papiermark zu stützen.

Allmählicher Abbau der Ruhrkredite.

Einer weiteren Information des „Berliner Tageblattes" zufolge wird sich die Reichsregierung bemühen, die Ausgaben des Reiches, besonders auch die Ruhrkredite, allmählich abzubauen, um auf diese Weise das Defizit zu verringern. Außerdem soll das von den rheinischen Gemeinden und Industrieunternehmungen in großem Umfange ausgegebene Notgeld, mit dem sich manche Betriebe finanzierten, während sie die ihnen vom Reich zur Verfügung gestellten Lohnkredite für Devisenkäufe benützten, mit größter Beschleunigung zur Einziehung gelangen.

Zur Errichtung einer Goldnotenbank.

Berlin, 12. Sept. Wie das „Berliner Tageblatt" hört, werden im Laufe der nächsten Woche zwischen der Reichsregierung und der Reichsbank, sowie den Privatbanken, Verhandlungen über die schleunige Durchführung der vom Reichskabinett gefaßten Beschlüsse über die Errichtung einer Goldnotenbank geführt werden. Die organische Verbindung der Goldnotenbank mit der Reichsbank wird in der Form geplant, daß die Reichsbank einen erheblichen Teil des Kapitals der neuen Notenbank übernimmt und ihr einen Teil ihres Goldbestandes zum Zwecke der Goldnotendeckung überläßt. Die privaten Kreise, die sich an der neuen Bank beteiligen, sollen den restlichen Teil des Kapitals gegen Deviseneinzahlung übernehmen. Die auszugebenden Goldnoten sollen zu einem hohen Prozentsatz durch Gold und Devisen und zum weiteren Teil durch Goldwechsel, Goldkredite der Wirtschaftskreise gedeckt werden. — Wie die Blätter melden, wird der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding heute im währungspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nähere Angaben über die Gründung der Goldnotenbank machen.

Weitere Ermäßigung für den Lohnabzug.

Berlin, 12. Sept. Nach einer Mitteilung des „Vorwärts" wird das Reichsfinanzministerium zum 15. September eine weitere Erhöhung der Ermäßigungen für den Lohnabzug eintreten lassen. Es sei beabsichtigt, die bisherigen steuerfreien Beträge zu verdoppeln, so daß künftig ein Einkommen von rund 170 Millionen Mark pro Monat bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit 2 Kindern steuerfrei wäre.

Direkte Aussprache zwischen Dr. Geßler und Dr. Zeigner.

Berlin, 11. Sept. Wie wir hören, befindet sich der sächsische Ministerpräsident Zeigner, der bei seinem letzten Aufenthalt in Berlin keine Zeit zu Besprechungen mit der Reichsregierung hatte, wieder in Berlin und ist in eine Aussprache mit dem Reichswehrminister Geßler in Gegenwart des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers eingetreten. Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags tritt morgen zu einer Sitzung zusammen, um Zeigners Bericht über seine Berliner Verhandlungen entgegenzunehmen und zu beschließen, ob der Landtag einberufen werden soll oder nicht. Gegebenenfalls soll Zeigner in der Lage sein, die angedrohten Enthüllungen unter dem Schutz der Immunität vorzunehmen.

Vom Ausschuß des Reichseisenbahnrats.

Berlin, 11. Sept. In der heutigen Sitzung des ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates wurde mitgeteilt, daß beim Uebergang zu einer einheitlichen Schlüsselzahl die Reichsbahn die Grundzahlen des Personen- und des Gütertarifes so gestalten müsse, daß die Grundzahlen für die Gütertarife um 100 Prozent zu erhöhen seien. Der Ausschuß erklärte sich mit einer solchen rein technischen Umgestaltung der Reichsbahntarife unter der Voraussetzung einverstanden, daß das Plenum des Reichseisenbahnrates binnen drei Monaten nach Einrichtung der Goldnotenbank in der Angelegenheit gehört wird. Die Vorlage der Reichsbahn, im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln die Industriekartoffeln von der Beförderung zum Ausnahmetarife auszuschließen, wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag des Ausschusses, die Frachtermäßigung für frische Speisekartoffeln in Waggonladungen in gleichem Umfange auch bei der Beförderung als Stückgut zuzulassen.

Verordnungen über die Devisen-Erfassung.

Berlin, 11. Sept. Der Kommissar für Devisenerfassung erläßt auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 7. September eine Bekanntmachung, wonach der Eigentümer von Edelmetallen oder deren Legierungen, die am 12. September, vormittags 8 Uhr, in eigenem oder fremden Gewahrsam (auch auf dem Transport befindlichen) oder bei ihm unter Zollverschluß gehaltenen Bestände bis zum 21. September anzumelden hat. Der Anmeldepflicht unterliegen alle Edelmetalle: Silber, Gold, Platin und Platinmetalle und deren Legierungen in Form von Münzen, sowie Rohmetalle in jeder Form, Halbfabrikate, Drähte, Bleche, Stangen, Röhren, ferner Bruch und Abfälle. Nicht anzumelden sind Gegenstände aus Gold und Silber, Double, sowie Fertigwaren aus den genannten Edelmetallen, die sich in privatem oder in Händlerbesitz befinden (Familiensilber usw.).

Berlin, 11. Sept. Der Kommissar für Devisenerfassung erläßt auf Grund des § 24 der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenerfassung vom 7. September 1923 (RGBl. 1, S. 865) folgende Verordnung: § 1 Abs. 1 der Verordnung auf Grund des Notgesetzes über Maßnahmen gegen die Valutaspekulation vom 8. Mai 1923 (RGBl. 1, S. 275) wird außer Kraft gesetzt. Die auf Grund des § 1 Abs. 1 Satz 2 dieser Verordnung, durch die höchsten Landesbehörden im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister als Devisenbanken zugelassenen Personen oder Personenvereinigungen hören auf, Devisenbanken zu sein. Devisenbanken im Sinne der Gesetzgebung sind Banken und Bankiers oder deren Zweigniederlassungen, die Mitglieder der an ihrem Sitz befindlichen Abrechnungsstelle der Reichsbank sind. Die oberste Landesbehörde kann im Einvernehmen mit dem Kommissar für Devisenerfassung weitere Banken und Bankiers als Devisenbanken zulassen. Devisenbanken, die nicht Mitglieder der Abrechnungsstelle der Reichsbank sind, dürfen ihre laufenden Geschäfte mit Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung bis zum 30. September 1923 abwickeln.

Berlin, 12. Sept. Zu der Verordnung des Kommissars für Devisenerfassung über die Einschränkung des Kreises der Devisenbanken bemerkt der „Vorwärts", die Einschränkung verfolge hauptsächlich den Zweck, den Devisenmarkt durchsichtiger zu machen und die Kontrolle zu vereinfachen. Bisher waren es 5000 Banken, welche ständig über die Devisengeschäfte an die Devisenbeschaffungsstelle zu berichten hatten. Jetzt wird die Zahl dieser Banken auf 300 herabgesetzt. Der Devisenkommissar will dem Blatt zufolge ferner die Börse von gewissen unlauteren Elementen befreien. In Berlin sei damit bereits begonnen worden. Außerdem beabsichtige er, die Banken zu weitgehendster Auskunft heranzuziehen und vor allen Dingen eine scharfe Nachprüfung der Handelskammerbescheinigungen vorzunehmen.

Polens Vorgehen gegen die deutschen Ansiedler unzulässig.

Haag, 11. Sept. Der ständige internationale Gerichtshof im Haag hat unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Loder, in öffentlicher Sitzung am 10. September das Gutachten in der Frage der deutschen Ansiedler und Pächter in Polen abgegeben, um das er vom Völkerbundsrat gebeten worden war. Das Gutachten betrifft 1. die Frage, ob der Völkerbundsrat für die Angelegenheit der deutschen Ansiedler in Polen zuständig ist, und 2. ob die Maßnahmen, die Polen gegen die Ansiedler und Pächter getroffen hat, mit seinen internationalen Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles und dem Minderheitenvertrag in Einklang zu bringen sind. Der Gerichtshof hat die erste Frage in bejahendem Sinne beantwortet und sich über die zweite Frage dahin geäußert, daß das Vorgehen Polens mit seinen internationalen Verpflichtungen in Widerspruch steht. Der Völkerbundsrat wird nunmehr eine endgültige Entscheidung zu treffen haben.

Fortdauernde Stimmungsmache für Italiens Austritt aus dem Völkerbund.

Paris, 11. Sept. Die Faszistenpresse setzt ihre Angriffe auf den Völkerbund fort. Im „Popolo d'Italia" vertritt Senator Morello, der für das Sprachrohr Mussolinis gilt, den Standpunkt, daß Italien aus dem Völkerbund austreten müsse, da es sich dort in Gesellschaft der kleinen Völker befinde, die jederzeit bereit seien, sich gegen die italienische Regierung aufhetzen zu lassen.

Neue Besetzung durch die Italiener.

Paris, 11. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Rom wird der „Epoca" aus Korfu gemeldet, daß die italienischen Truppen die Insel Loros ohne Zwischenfall besetzt haben. Nach der „Chicago Tribune" soll der italienische Botschafter in der gestrigen Botschafterkonferenz mitgeteilt haben, Mussolini habe bereits sein letztes Wort gesprochen, in dem Sinne, daß die Sanktionen, zu denen er geschritten sei, um die Erfüllung der italienischen Forderungen zu garantieren, erst aufgegeben werden, wenn diese in vollem Umfang ausgeführt wären. Das Blatt will ferner wissen, daß die Botschafter die Annahme der Note durch die griechische Regierung als einen Verzicht der letzteren auf Rechtfertigung hinsichtlich der Tötung von 16 und Verletzung von 30 Personen betrachteten. Es sei gestern erklärt worden: „Es sind überhaupt keine griechischen Staatsangehörigen getötet worden; die Opfer waren fast alle armenische Flüchtlinge." Die Botschafter seien gleichfalls der Auffassung, daß die italienische Regierung ihre anfängliche Forderung aufgebe, wenn Griechenland die Kosten für die Besetzung Korfus und der übrigen Inseln trage.

Bruch des französisch-griechischen Handelsvertrags.

Paris, 11. Sept. Wie die „Journee Industrielle" mitteilt, hat die französische Regierung gestern der griechischen Gesandtschaft mitgeteilt, daß von jetzt ab auf die griechischen, nach Frankreich eingeführten Weine der Generalzolltarif Anwendung finden werde. Nach dem Blatt bedeutet diese Mitteilung einen Bruch des Handelsvertrags, der zwischen den beiden Ländern besteht. Die „Journee Industrielle" ist mit diesem Bruch sehr wenig einverstanden und führt einen heftigen Angriff gegen den Ackerbauminister Cheron, der für diesen unsinnigen Abschluß verantwortlich sei.

Die Durchführung der Beschlüsse der Botschafterkonferenz.

Paris, 11. Sept. Die Botschafterkonferenz hat entschieden, daß die Kommission zur Untersuchung der Mordtat von Janina ihre Arbeit anfangs nächster Woche in Angriff zu nehmen habe. Die Konferenz tritt heute zusammen, um genaue Bestimmungen für die Räumung Korfus zu treffen. — Der griechische Ministerpräsident Gonatis erklärte gegenüber Pressevertretern u. a.: Wir überlassen es der Botschafterkonferenz, dafür zu sorgen, daß Korfu und die übrigen Inseln von Italien geräumt werden. Wir sind überzeugt, daß die Botschafterkonferenz die Interessen Griechenlands ebenso gut wahrnehmen weiß, als Griechenland seine Verpflichtung erfüllen wird.

Die Kommunistenpartei Deutschlands als Chef einer Roten Kosaken-Division.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist, wie der „Berliner Expreß" meldet, von einer in Schitomir, Ukraine, stationierten Kosaken-Division der Roten Armee zum Chef erwählt worden und hat die Wahl angenommen. In einer festlichen Versammlung hielt der deutsche Kommunist Hausser eine Rede über die Rolle der Roten Armee im Zusammenhang mit der Entwicklung in Deutschland, die den Sowjetblättern zufolge bei den Roten Kosaken großen Beifall fand. Einige führende Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands sind zu „Ehrenkosaken" erwählt worden.

TRUEB

feurio

Beachten Sie den frischen Duft und die große Schaumkraft von Feurio.

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.

Oberlengenhardt.

Langholz-Verkauf.

Am Samstag, den 15. September 1923, nachmittags 4 Uhr,
verkauft die Gemeinde auf dem Rathaus

21 Fm. Langholz

im öffentlichen Aufstreich.

Gemeinderat.

Sie brauchen

Rechnungen, Quittungen, Couverts, Prospekte, Statuten, Postkarten, Zahlkarten, Zahltagtaschen, Aufklebeadressen, Programme, Visit-, Verlobungs- und Hochzeitskarten, Trauerbriefe, Trauerkarten, Geschäftsbriefbogen, Mitteilungen.

Sie werden vorteilhaft und preiswert bedient in der **„Enztäler"-Druckerei** in allen Arten von

Drucksachen!

Allgemeine Ortskrankenkasse Neuenbürg.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers vom 31. 8. 23 und im Einverständnis mit dem Oberversicherungsamt Stuttgart ist die Höchstgrundlohngrenze auf das 7fache des Reichswochenindexes heraufgesetzt worden. Darnach beträgt der höchste Grundlohn 15 Millionen Mark. Die neuen Beitragsübersichten können, auch an die größeren Betriebe, nicht mehr verschickt werden und sind diese bei der Hauptkasse und deren Meldestellen unentgeltlich zu erhalten.

Die Beiträge zur Invalidenversicherung ändern sich ab 10. und 17. ds. Mts. Besondere Uebersichten können ebenfalls unentgeltlich in Empfang genommen werden.

Die Einführung der unveränderlichen Lohnstufen und wertbeständigen Beiträge kann durch die hiefür notwendigen Vorarbeiten nicht bis zum 10. September ds. Js. erfolgen. Rechtzeitige Bekanntmachung über Tag und Art der Einführung erfolgt.

Neuenbürg, den 11. September 1923.

Vorsitzender des Vorstands:
Fr. Heinzelmann.

Metzger-Innung.

Neuer Fleischpreis ab Mittwoch, 11. Sept. 1923:

Ochsen- und Rindfleisch per Pfund Mk.	**5600000**
Kalbfleisch	**6000000**
Schweinefleisch	**7700000**

Neusatz.

Zugelaufen

ist mir ein **Wolfshund.** Dieser kann innerhalb drei Tagen abgeholt werden bei

Fritz Greul.

Pforzheimer Gold-Ankaufstelle

kauft **Gold, Silber, Platin** in Barren und fein, sowie **alte Schmucksachen** zum Einschmelzen, **Rosen** und **Brillanten,** ferner **Gold- und Silbermünzen,** in- und ausländische.

Edelmetall-Handlung A. Metsch,
Pforzheim, Waisenhausplatz 4, Tel. 3468.

Liederkranz Neuenbürg.

Morgen Donnerstag abend pünktlich ½9 Uhr

Wiederbeginn der regelmäß. Singstunde.

Neue und frühere Sänger sind willkommen.

Der Vorstand.

Homöopath H. Maier aus Pforzheim

hält **jeden Freitag** vormittag von 9 bis 1 Uhr

Sprechstunde in Wildbad, Kochstrasse 1

bei Gipser Fischer.

Geburtstags- Namenstags- Künstler- Postkarten

in schöner Auswahl in der

C. Meeh'sche Buchhandlg., Neuenbürg,
Inh.: D. Strom.